

# Identitätspolitik in Südasiens

## Plädoyer für den intersektionalen Blick

### Netzwerk Gender Training

**SÜDASIEN berichtet regelmäßig über Minderheiten, indigene Völker oder Glaubensgemeinschaften, für die die Verteidigung, Wiederherstellung oder Perspektive einer eigenen Identität, die Verortung in der Geschichte nach eigenem Ermessen, einen wesentlichen Bestandteil ihres Agierens darstellt. Politisches Engagement und Widerstand zugunsten einer selbst gewählten Identität treten überwiegend als Emanzipation aus zwangsweise auferlegter Integration zutage. Die Schattenseiten, die damit einhergehende, zumindest konzeptionell angelegte Exklusion anderer wird bei Gelegenheit angesprochen, aber selten systematisch debattiert. Der folgende Beitrag versteht sich als ein solcher Debattenbeitrag, weitere dürfen gerne folgen.**

Identitätspolitik wird seit einiger Zeit heftig diskutiert. Allerdings zeigt sich dabei eine inflationäre und auch völlig unterschiedliche Verwendung des Begriffs. Beispielsweise versuchte nach der letzten Wahl in den USA der amerikanische Wirtschafts- und Politikwissenschaftler Mark Lilla<sup>1</sup> die Wahl Donald Trumps folgendermaßen zu deuten: Hillary Clinton habe zu sehr Frauen, Schwarze, Hispanics und die LGBTIQ-Community<sup>2</sup> adressiert und darüber die marginalisierte weiße Arbeiterschaft aus den Augen verloren. Diese glaubte sich als nicht gesehen und hätte deshalb Trump gewählt.

#### Identitätspolitik – Kontroversen um den Begriff

Doch die Diskussion um Identitätspolitik ist keinesfalls neu. Und sie zeigt sich in Bezug auf verschiedene gesellschaftliche Akteur(inn)en.<sup>3</sup> Dazu einzelne Blitzlichter:

- Innerhalb von linken Bewegungen lautet der Vorwurf, Linke in Deutschland hätten sich zu lange auf Identitätspolitik immer kleinerer Gruppen von Minderheiten konzentriert und dabei die Menschen missachtet, die im Zeitalter des postindustriellen Wirtschaftens in einer globalisierten Welt nur verloren haben. Linke Intellektuelle sind in der Debatte selbst aktiv: Der Begriff dient Ihnen zur Selbstanklage, in der die einen die anderen für den Aufstieg der AfD verantwortlich machen.
- Mit einem verwirrenden Begriff ist die extreme Rechte als „Identitäre Bewegung“ ins politische Feld getreten. Sie sagt von sich selbst, sie führe einen „Kampf um Begriffe, um das Sagbare, um das Denken“. So hat sie die Begrifflichkeit von „Identität“ zu „identitär“ unmerklich verschoben, um Aufmerksamkeit zu gewinnen – letztlich, um ihrer Meinung nach sagbar zu machen, was nach dem Zusammenbruch des Nazi-Reichs tabuisiert war.
- Zum Beispiel empfahl „Thora“ Ruth („Thora“ Pedersen) eine Begriffsverschiebung, um mit rechtem Gedankengut in den Mainstream zu gelangen: „Wir müssen unsere Aussagen so gestalten, dass sie nicht mehr ins Klischee des „Ewig-Gestrigen“ passen. ... In der Fremdarbeiter-Frage etwa erntet man mit der Argumentation „Die sollen doch heimgehen“ nur verständnisloses Grinsen. Aber welcher Linke würde nicht zustimmen, wenn man fordert: „Dem Großkapital muss verboten werden, nur um des Profits willen ganze Völkerscharen in Europa zu verschieben.“ Der Sinn bleibt der gleiche: Fremdarbeiter raus! Die Reaktion der Zuhörer aber wird grundverschieden sein.“<sup>4</sup>
- Es ist das erklärte Ziel nicht nur der „Identitären Bewegung“, sondern auch der Partei AfD, über das Sprechen das Denken der Bevölkerung zu verändern. Die AfD spricht von „Identität“, von „deutscher Identität“ und „Eigentümlichkeiten des Nationalcharakters“, um „Fremdkörperdeutsche“ (Caroline Sommerfeld) ausschließen zu können.<sup>5</sup>
- Feministischen Bewegungen wiederum wird Identitätspolitik als Vorwurf entgegengehalten. In Deutschland werden häufig die Anti-Diskriminierungskämpfe der Feministinnen sowie die der Transgender- und Trans- und Intersexuellen-Bewegung subtil oder offen abgewertet.

- Ein neues gesellschaftliches Phänomen stellen verbale und physische Angriffe unter dem positiv verstandenen Label „Identitätspolitik“ dar. Dabei geschehen im Sinne einer rigoristischen Moral auch Abwertungen innerhalb der queeren Community selbst. Die gegenseitige Delegitimierung queerfeministischer Positionen verbindet sich mit dominanten gesellschaftlichen Diskursen.

Wenn eine Gruppe versucht, sich aufgrund der (Selbst) Zuschreibung einer bestimmten Identitätskategorie (moralisch) über andere zu erheben, kann Identitätspolitik nicht als emanzipatorisch verstanden werden.

### Was hat das mit Identität zu tun?

In der Psychologie wird von der „Konstruktion“ der individuellen Identität gesprochen. Sie werde von Bedürfnissen geleitet, die aus der persönlichen und gesellschaftlichen Lebenssituation gespeist seien. Die Subjekte vollziehen dabei sowohl die Bewegung des „Making“ als auch die des „Taking“. Es gilt, das subjektive „Innen“ und das gesellschaftliche „Außen“ miteinander zu verbinden und sich individuell und sozial zu verorten. Dabei sind etwa gender-bezogene Anforderungen und Normierungsprozesse wirksam. Das Inventar übernehmbarer Identitätsmuster sei allerdings inzwischen ausgezehrt. Pluralisierungs-, Individualisierungs-, Standardisierungs- und Ent-Standardisierungsprozesse finden gleichzeitig statt. Die Diagnose: Identitätsstress.<sup>6</sup>

Auch aus sozialwissenschaftlicher Sicht ist Identität - die (vermeintliche) Antwort auf die Frage „Wer bin ich?“, „Wer sind wir?“ – eine soziale Konstruktion. Identitätsbildung ist so verstanden niemals abgeschlossen, sie ist ein offenes Konstrukt.

Es geht weniger um die Frage, wer wir sind, sondern vielmehr darum, zu wem wir werden können.<sup>7</sup> So verstanden, ist die Definition des Begriffs „Identität“ von entscheidender Bedeutung für die Auseinandersetzung mit Identitätspolitik.

### Identitätspolitik in der Geschichte

Aus der deutschen Geschichte kennen wir eine besonders grausame Form von Identitätspolitik aus dem Faschismus. Zu dem Begriff der deutschen Identität gehörten hierarchische und dualistisch und dichotomisch eng geführte Geschlechterbilder sowie die Konstruktion einer „arischen Rasse“. Damit wurde ausgegrenzt und verfolgt, wer als nicht zugehörig definiert wurde wie etwa: Jüdinnen und Juden, Sorb(inn)en, Angehörige der Sinti und Roma. Ethnische Zugehörigkeit wurde zu einem entscheidenden Kriterium von Teilhabe oder Ausschluss

innerhalb der deutschen Gesellschaft wie auch von Vernichtung, die ebenso Personen mit Behinderungen und LGBTIQ traf.

Anders dagegen zeigen sich in der Geschichte der feministischen Bewegungen und in der Geschichte sozialer Bewegungen im internationalen Kontext verschiedene Hintergründe und Entwicklungen von „Identitätspolitiken“. Der Feminismus zeichnet sich in der Geschichte bis heute durch Kämpfe gegen Ausgrenzung und für die Rechte von Frauen aus. Ende der 1960er und Anfang der 1970er-Jahre fokussierte die Frauenbewegung in Westeuropa den Faktor Geschlecht und die Benachteiligung von Frauen in der patriarchal geprägten Gesellschaft. Von Anfang an richtete sich der Feminismus gegen die mit dem Frausein verbundene Abwertung und entsprechende gesellschaftliche Ausschlüsse, die als strukturell erkannt wurden. Frauen solidarisierten sich. Machtmechanismen wurden thematisiert. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts wurde skandalisiert. Damit einher ging die Aufdeckung und gleichzeitig die Thematisierung der „Besonderung“ (Othering) der Frauen.

Ein Strang der Frauenbewegung benannte in Abgrenzung zu Männern die besonderen Kompetenzen und Fähigkeiten von Frauen. Als Werte wurden die gegenseitige Bezugnahme auf Frauen und die Anerkennung von Frausein diskutiert und in verschiedenen Projekten zu etablieren versucht. In anderen Strängen wurde aber auch die Ausgrenzung von Frauen innerhalb des patriarchalen Systems mit anderen Unterdrückungsstrukturen und -mechanismen zusammen gedacht. Das als universal dargestellte „Wir“ der Frauen wurde als eines der weißen (Mittelschicht) Frauen kritisiert. Im sozialistischen Feminismus wurde das Zusammenwirken von Klasse und Geschlecht thematisiert und untersucht. Im Zuge postkolonialer und antirassistischer Theoriebildung wie auch in der *Queer Theory* fanden weitere Differenzierungen statt, etwa nach Ethnizität, Hautfarbe oder geschlechtlicher Identität, die neue Bewegungen und ihre Aktivist(inn)en auf den Plan riefen. So ruft der Begriff „Identitätspolitik“ einerseits Unterdrückung, Diskriminierung, Marginalisierung bestimmter Gruppen auf und andererseits für die Frauenbewegung selbst Befreiung.

### Soziale Bewegungen in Südasien

In Südasien hat die politische Bedeutung und Nutzung von Gruppenidentitäten eine lange Geschichte. Die britische Kolonialmacht fand auf dem indischen Subkontinent Gesellschaften vor, die von unterschiedlichen ethnischen, sprachlichen, kastenbasierten und religiösen Identitäten geprägt waren. Die Kolonialherren fanden bereits Machtpolitiken vor, die sich diese Identitäten zunutze machten und damit Ausbeutung und Marginalisie-



rung rechtfertigten. Um ihre eigene Herrschaft zu sichern, nutzten die Kolonialherren diese Identitätspolitiken, indem sie bestimmte Gruppen in ihre Herrschaftsstrukturen einbanden, andere ausschlossen. Darüber hinaus vereinfachten, formalisierten und bürokratisierten sie die Zugehörigkeiten und verbanden sie sowohl mit staatlichen Ausbeutungsstrukturen - wie etwa in der Besteuerung - als auch mit Subventionssystemen, die bis heute Teil der postkolonialen Staatlichkeit in den südasiatischen Ländern sind. In Südasien ist Identitätspolitik folglich eine gesellschaftliche Realität mit langer Tradition, die Herrschaft legitimiert und diskursiv erhält.

Im postkolonialen Südasien ist aber ebenso zu beobachten, dass die marginalisierten Gemeinschaften die ihnen zugeschriebene Identität nutzen, um kollektiv Widerstand zu leisten und aufgrund ihrer Identität Gegenmacht zu entwickeln. So nennen sich die Angehörigen der Widerstandsbewegungen der Kastenlosen in Indien bewusst Dalit („die Niedergetretenen“). Die Erfahrung ihrer kollektiven Ausgrenzung aufgrund ihrer Identität motiviert sie dazu, diese Identität als Ausgangsplattform ihrer eigenen Politik im Sinne ihrer Interessen zu nutzen. Indigene Völker in Südasien, die ebenfalls zu den marginalisierten Gemeinschaften gehören, sind in komplexe Machtkämpfe verstrickt, die ihre (oft aus politischen Gründen neu definierte) ethnische Identität zur Grundlage haben und durch die sie auch gegeneinander ausgespielt werden. Ungerechte Machtverhältnisse aufgrund von Geschlecht, teils auch Klasse, innerhalb ihrer Gruppen bleiben dabei oft unsichtbar.

Die südasiatischen Frauenbewegungen agierten in gleicher Weise und nutzen die erfahrene Diskriminierung als Frauen als gemeinsame Aktionsplattform. Indigene Frauen aus Südasien problematisieren, dass ihre Unterdrückungserfahrungen innerhalb indigener Völker als

Queer-Pride-Parade in Bangalore.

Bild: Vinayak Das, flickr (CC BY 2.0)

„Nebenwiderspruch“ entwertet werden. Seit die Vereinten Nationen eine Erklärung zu den Rechten indigener Völker verabschiedet haben, ist ihnen eine Identität als Gruppe ermöglicht worden, durch die sie zumindest diskursiv eine internationale Politik ausüben können. Identitätspolitik birgt also eine Ambivalenz in sich, da sie auf Ausgrenzung der anderen aus einer bestimmten Gruppe basiert, gleichgültig, ob als Unterdrückungs- oder Befreiungsdiskurs. Beide können neue Formen der Marginalisierung und Gewalt hervorrufen.

### Feministische Entwicklungslinien und Positionen - Intersektionalität

Die US-amerikanische Gruppierung *Combahee River Collective* hat schon 1977 Identitätspolitik betrieben. Die Gruppe schwarzer lesbischer Frauen glaubte, dass sich ihre spezifische Unterdrückungserfahrung aus ihrer „Identität“ als schwarze Lesben heraus am radikalsten bekämpfen lasse – und zwar gemeinsam. „In einer linken Politik, die sich vornehmlich auf den männlichen Industriearbeiter als Modellfigur des Proletariats bezog, erkannten sich die schwarzen lesbischen Frauen nämlich nicht wieder.“<sup>8</sup>

Das *Combahee River Collectiv* deckte eine simultane Diskriminierung aufgrund von Rasse, Klasse, Geschlecht und sexueller Orientierung auf. Ihr Konzept der Simultaneität (*Simultaneity*) aus den 1970er-Jahren ging dem Konzept der Intersektionalität (*Intersectionality*) der 1980er-Jahre voraus. Die schwarzen Lesben, die das Kollektiv bildeten, erinnerten an die schwarzen Arbeiterinnen bei Ford, die Kimberlé Crenshaw im Blick hatte, als sie 1989 die *Intersection*, die Überkreuzung von Diskriminierungen als Frauen und als Schwarze herausarbeitete

te. Das Leben der Arbeiterinnen könne weder aus ihrem Frau-Sein, noch aus ihrem Schwarz-Sein allein heraus verstanden werden.

Die Diskriminierung als Arbeiterinnen teilten sie mit der männlichen Arbeiterschaft bei Ford. Die schwarzen Arbeiterinnen erhielten jedoch nicht deshalb weniger Lohn, weil sie langsamer arbeiteten, und auch nicht, weil sie schlechter verhandelt hätten. Sie erhielten weniger Lohn als die schwarzen Arbeiter, weil sie Frauen waren. Und sie erhielten weniger Lohn als die weißen Arbeiterinnen, weil sie schwarz waren. Ihre Benachteiligung war strukturell. Sie traf sie mehrfach. Die schwarzen lesbischen Frauen waren einer Vierfachdiskriminierung aus strukturellen Gründen ausgesetzt.

Auch Frauen aus der Dalit- und Indigenenbewegung in Südasien haben bereits in den 1980er-Jahren ihre Diskriminierung innerhalb der Frauenbewegung thematisiert. Gleichzeitig kämpfen diese Frauen für ihre Rechte innerhalb der Dalit- und Indigenengemeinschaften und kritisieren diese dafür, in ihrer Machtanalyse nur eine Identität zur Grundlage zu machen, statt intersektional vorzugehen.

Der intersektionale Ansatz ermöglicht, verschiedene individuelle und Gruppenidentitäten anzuerkennen. Auf dieses Verständnis hin kann ein vernetztes solidarisches Handeln erfolgen, wie in Südasien etwa Initiativen zur Pflege des vielfältigen kulturellen Erbes unterschiedlichster Gemeinschaften über Identitätsgrenzen hinweg<sup>9</sup> oder das starke Engagement der Frauenbewegung gemeinsam mit anderen Akteur(inn)en im Bereich der Agrar- und Sozialpolitik. Besonders junge Feministinnen betonen dieses Denken.<sup>10</sup>

Das Beispiel Südasiens zeigt, dass Identitätspolitik kein neues oder gar westeuropäisches Phänomen ist, und dass Machtverhältnisse nicht ausschließlich auf Klassengegensätze oder auf Geschlechterungerechtigkeit reduziert werden können. Sie müssen in jedem gesellschaftlichen Umfeld in ihrer Komplexität analysiert werden.

Identitätspolitik kann die Ausübung von Macht sowohl als Unterdrückung (herrschaftliche Identitätspolitik) als auch im Sinne einer kollektiven Befreiung ermöglichen. Um Machtveränderungen nicht wieder in neue Unterdrückungsmechanismen und Ausgrenzungen enden zu lassen, ist ein intersektionaler Ansatz notwendig, und zwar als Machtkritik, die die Inklusion aller Marginalisierten ermöglicht.

Die Bedeutung einer intersektionalen Perspektive ist für die Analyse der strukturellen Überlagerung von Diskriminierungsmustern wichtig und ermöglicht eine diffe-

renzierte Erkenntnis von Machtstrukturen in ihrer Bedeutung für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und Lebenslagen.

Eine Herausforderung für die Weiterentwicklung des intersektionalen Ansatzes und für seine Integration in handlungsleitende Strategien im Westen bleibt die Verschränkung der Kategorien von Identität, Struktur und Machtverhältnissen mit der realen und ideologischen Herstellung gesellschaftlichen Alltags. Nancy Fraser und Koschka Linkerhand<sup>11</sup> stellen dabei die strukturellen und systemischen Formen von Ausbeutung und Unterdrückung stärker in den Mittelpunkt, die sich sowohl ökonomisch als auch in patriarchalen Institutionen und staatlichen Strukturen niederschlagen. Es muss auch der Naturalisierung und Kulturalisierung sozialer Unterschiede entgegengewirkt werden – durch eine alle Kategorien umfassende Analyse und den Blick nach innen und außen. Wichtig wäre eine Suche nach Gemeinsamkeiten, nicht nach Unterschieden, vor allem im Zusammenwirken der marginalisierten Gruppen<sup>12</sup>.

### Lösungsversuche

Einer auf Gerechtigkeit abzielenden (antirassistischen, queeren, antikapitalistischen, feministischen) Identitätspolitik „wird (...) ein blinder, Aufklärung bloß simulierender, Spiegel vorgehalten und einmal mehr durchgekautete Klischees wiederholt und philosophische Plattitüden, wie die Forderung „Menschen statt Identitäten“, feilgeboten.“<sup>13</sup> Ein solcher Vorwurf gegen Identitätspolitik kann als begründet angesehen werden, wenn bei der Betonung gruppenspezifischer Interessen gesellschaftliche Machtverhältnisse nicht benannt werden sowie neue Machtpolitiken einzelner Gruppen und Verletzungen anderer entstehen.

Mit Gemeinschaft stiftenden Merkmalen ist die Gefahr der Essentialisierung verbunden, als ob sie zum Wesenskern des jeweiligen Kollektivs gehörten. Dass eine kollektive Identität nicht eine absolute ist, sondern nur in bestimmten Phasen und abhängig vom gesellschaftlichen Kontext oder von einer bestimmten Situation sinnhaft und virulent sein kann, hat Marion Iris Young in den 1990er-Jahren des letzten Jahrhunderts formuliert.<sup>14</sup> Ein serielles Verständnis des Geschlechts entgehe der Zuschreibung gemeinsamer Eigenschaften und vermeide das Problem des Essentialismus in Form einer abgeschlossenen Identität. Young verweist auf die interne Heterogenität innerhalb der „Genus-Gruppen“ und versucht, die soziale Positionierung auf materielle Strukturen wie auf situative Kontexte zurückzuführen.

Auch Sandra Harding setzt sich mit der Herausforderung auseinander, Identitäten nicht als essentiell festge-

legte Kategorien zu verstehen, sondern als sich ändernde soziale Kontinuitäten, als Konstruktion. Es ist ihr ein Anliegen, dabei die politische Handlungsfähigkeit zur Veränderung von Ungleichheit, die sich aus Marginalisierungserfahrungen aufgrund von Geschlecht als zugeschriebener und erfahrener Identität ergibt, aufrecht zu erhalten. Aus einer postmodernen Kritik heraus entwickelt sie die „Standpunkt-Theorie“ weiter: Nicht nur für Träger/-innen einer bestimmten Identität ist es möglich, aus diesem Standpunkt heraus politisch aktiv zu werden, sondern auch für Personen, die diese Identitätsmerkmale nicht haben. Sie können sich solidarisieren und den Standpunkt anderer einnehmen, solange sie nicht in einen paternalistischen Diskurs der Fürsprache verfallen. In anderen Worten bedeutet dies, dass auch weiße Männer Standpunkte von schwarzen Frauen unterstützen können, basierend auf Werten, die Ungleichheit zu überwinden suchen.<sup>15</sup> Damit löst sie politische Identitätspolitik von einem essentiellen Ansatz und ermöglicht breite politische Koalitionen.

Auch der Kulturosoziologe Stuart Hall hat darauf hingewiesen, dass Identität nicht eine Sache des Wesens einer Person oder einer Gruppe ist, sondern eine Positionierung. So schlussfolgert Sabine Hark: „Wenn aber Identität gerade nicht eine Sache des Wesens ist und ohnehin nie nur *eine* Sache, sondern stets offen und im Werden befindlich, letztlich eine Sache des Erzählens, gibt es immer Identitätspolitik, das heißt eine Politik der Position und der Positionalität. Identitäten, mit anderen Worten, sind das Ergebnis von Erzählungen, mit denen Individuen und Kollektive sich politisch, historisch und kulturell verorten – und, vielleicht mehr noch, verortet werden.“<sup>16</sup> Historisch marginalisierte Gruppen erzählen als Subjekte ihre Geschichte neu. Vor allem aber werden sie erzählt – von Rechtspopulist(inn)en, Antifeminist(inn)en, auch von der Mehrheitsgesellschaft, ob sie wollen oder nicht.

In den Fortbildungen des Netzwerks Gender Training sollen ‚Identitäten‘ in diesem Sinne erzählt werden können. Sie können analysiert und jeweilige Positionen auch neu formuliert werden. Wir nutzen dabei eine intersektionale Perspektive, die tiefer gehende Differenzierungen im Sinne der Überwindung von vorschnellen Zuschreibungen vollzieht und das Zusammenspiel verschiedener Formen von Machtausübung herausarbeitet. Intersektionalität ermöglicht Handlungsfähigkeit, in der unterschiedliche Erfahrungen von Unterdrückung und Diskriminierung nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern vielmehr Synergien schaffen. Persönliche und gruppenbezogene Diskriminierung als auch ihre strukturellen Ursachen und Formen und damit zusammenhängende Zuschreibungsprozesse werden angesprochen und die eigene Positionierung und Beteiligung bewusst gemacht.

### Zu den Autorinnen

Die kollektive Autorinnenschaft liegt beim Netzwerk Gender Training, ein Netzwerk aus Trainerinnen und Beraterinnen zum Themenbereich Gender, Vielfalt und Gleichstellung, Forschung und Evaluation und Chancengleichheit. Der Text wurde im Frühjahr 2020 unter dem Titel „Die Debatte um Identitätspolitik. Ein Plädoyer für den intersektionalen Blick“ veröffentlicht. Zum Netzwerk siehe <https://www.gender-netzwerk.de/thema/netzwerk/>.

### Endnoten

- <sup>1</sup> Vgl. <https://www.zeit.de/2018/03/mark-lilla-identitaetspolitik-interview>.
- <sup>2</sup> Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Intersexual, Queer – Anm. d. Red.
- <sup>3</sup> Die Gender angepasste Schreibweise wurde nach den Vorgaben der Redaktion vereinheitlicht.
- <sup>4</sup> „Thora“ Ruth („Thora“ Pedersen) zitiert in: M. Dietzsch: Zwischen Konkurrenz und Kooperation. Organisation und Presse der Rechten in der Bundesrepublik. In: S. Jäger (Hg.): *Rechtsdruck. Die Presse der Neuen Rechten*. Berlin-Bonn, 1988, S. 31-80, hier S. 33-34. Zitiert nach Jürgen Maneman: *Demokratie und Emotion. Was ein demokratisches Wir von einem identitären Wir unterscheidet*. Bielefeld, 2019, S. 21-22.
- <sup>5</sup> *Leitkultur, Identität, Patriotismus*. Ein Positionspapier der AFD-Fraktion im Thüringer Landtag als Beitrag zur Debatte um die deutsche Leitkultur. Erfurt, 2018, und Caroline Sommerfeld, „Identitäre Philosophie“, zitiert nach Maneman, op.cit., Fußnote 3, S. 11ff.
- <sup>6</sup> Vgl. <https://www.spektrum.de/lexikon/psychologie/identitaet/6968>.
- <sup>7</sup> Stuart Hall: Der Westen und der Rest. Diskurs und Macht, in: Stuart Hall (Hg.): *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften*. 2, Argument-Verlag, Hamburg, 1994, sowie Sabine Hark: *Wer spricht hier über wen?* ZEIT-Online vom 31. Juli 2019.
- <sup>8</sup> Lea Susemichel, Jens Kastner: *Linke Identitätspolitik. Partikularinteressen versus soziale Verantwortung?* 10. Februar 2019, Deutschlandfunk, „Essay und Diskurs“
- <sup>9</sup> Vgl. <https://www.isd.net.in/>.
- <sup>10</sup> Vgl. <https://www.genderanddevelopment.org/263-young-feminisms>.
- <sup>11</sup> Koschka Linkerhand (Hg.): *Feministisch streiten. Texte zu Vernunft und Leidenschaft unter Frauen*. Querverlag, Berlin, 2018.
- <sup>12</sup> Vgl. das Manifest „Feminismus für die 99%“, das durch einen Zusammenschluss unterschiedlicher Gruppen von Aktivistinnen in den USA zustande kam, vgl. Cinzia Aruzza, Tithi Bhattacharya und Nancy Fraser (Hg.): *Feminismus für die 99%*. Matthes und Seitz, Berlin, 2019.
- <sup>13</sup> Sabine Hark, 2019, op.cit., Fußnote 7.
- <sup>14</sup> Iris Marion Young: „Geschlecht als serielle Kollektivität“, in: Johanna Brenner, Barbara Laslett, Yasmin Arat (Hg.): *Rethinking the political: women, resistance, and the state*, University of Chicago Press, Chicago, S. 99–124.
- <sup>15</sup> Sandra Harding: *Feministische Wissenschaftstheorie*, Hamburg, Argument Verlag, 1991.
- <sup>16</sup> Sabine Hark, 2019, op.cit., Fußnote 7.